

Falsche Versprechen zugunsten der Banken

Als der IWF im Jahr 2010 entschied, sich am griechischen Bailout-Programm zu beteiligen, wurden die Bedenken zahlreicher Direktoriumsmitglieder gezielt zerstreut, wie an die Öffentlichkeit gelangte Dokumente belegen. Von Steffen Stierle und Alexandros Moutzouridis

Seit mehr als fünf Jahren hängt Griechenland nun am Tropf der Gläubiger-Troika. Fast 250 Milliarden Euro sogenannter Rettungskredite sind seither durch das Land geflossen. Neue Kredite wurden aufgenommen, um alte zu bedienen. Im Juli 2015 wurde ein drittes Bailout-Programm beschlossen. So kommen weitere 86 Milliarden Euro in den Tropf. Und die Troika – oder neuerdings Quadriga genannt – bleibt für weitere drei Jahre im Land.

Das neue Programm wird ähnlich desaströs wirken wie die vorangegangenen. In den fünf Programmjahren ist die private Nachfrage bereits um 23,9 Prozent und die öffentliche um 21,5 Prozent eingebrochen. Die Wirtschaft ist um ein Viertel geschrumpft. Da auch im dritten Programm der Schwerpunkt auf Ausgabenkürzungen liegt, wird die griechische Ökonomie weiter in die Rezession treiben. Maßnahmen wie Mehrwertsteuererhöhungen und Rentenkürzungen werden die Abwärtsspirale aus sinkender Nachfrage, steigender Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsschrumpfung, sinkendem Steueraufkommen und steigender Verschuldung weiter beschleunigen.

Dass Kürzungspolitik Krisen verschärft, ist nicht neu: Deutschland hat diese Erfahrung am Vorabend der Nazidiktatur auf besonders bittere Weise gemacht. Seit den 1970er Jahren haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank mit derartigen Programmen zahlreiche Schuldenkrisen im globalen Süden auf die Spitze getrieben.

Entsprechend skeptisch war das IWF-Direktorium von Anfang an gegenüber den Griechenland-Programmen. So äußerte René Weber, der Schweizer IWF-Direktor, bereits im Mai 2010 »Zweifel bezüglich der Wachstumsprognosen, die zu optimistisch sind. Eine kleine negative Abweichung vom Basisszenario könnte die Schulden dauerhaft untragbar machen«. Zudem befürchteten zahlreiche Direktoren, dass das Programm in eine riesige Bankenrettung mündet. Paulo Nogueira Batista, der brasilianische Direktor, fasste diese Bedenken so zusammen: »Man wird sehen, dass dieses Programm nicht auf eine Griechenlandrettung hinausläuft, sondern auf eine Rettung der Gläubiger Griechenlands, vor allem europäischer Banken.« Die Direktoren aus Argentinien, Indien, Russland und anderen Ländern äußerten sich ähnlich.

Warum wurde das Programm dann trotz der zahlreichen Vorbehalte und der historischen Erfahrungen vom IWF-Direktorium beschlossen? Zunächst: Offensichtlich ist, dass Deutschland und andere EU-Länder ein großes Interesse an dem Programm hatten. Über ihre Motive lässt sich spekulieren. Ein Faktor ist die Zinsersparnis, von der insbesondere Deutschland profitiert, seit es zu einer massiven Kapitalauswanderung aus Griechenland kommt. Auch die Möglichkeit, an das Programm Privatisierungsprojekte zugunsten europäischer Käufer zu koppeln, wird in den Überlegungen eine Rolle gespielt haben – Stichwort Fraport. Zudem gab es das Anliegen, eine offizielle Staatspleite mit schwer absehbaren Folgewirkungen zu verhindern.

Kein Zufall dürfte auch sein, dass ausgerechnet die deutschen und französischen Banken den größten Anteil an griechischen Staatsanleihen hielten. Laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich waren die deutschen Finanzinstitute Anfang 2010 mit einem Kreditvolumen von rund 45 Milliarden und die französischen mit rund 75 Milliarden US-Dollar in Griechenland engagiert. Die Regierungen dieser beiden Länder hatten ein Interesse, ihre Banken vor substanziellen Abschreibungen zu bewahren.



Es liegt nicht an den Karten, es liegt am Spiel: Am Ende gewinnt die Bank.

Foto: 123rf/Dalibor Sevaljic

Doch was brachte das IWF-Direktorium dazu, der deutsch-französischen Linie zu folgen? Ein Teil der Antwort kann dem mittlerweile an die Öffentlichkeit gelangten Protokoll einer IWF-Sitzung vom 9. Mai 2010 entnommen werden. Darin heißt es: »Die Niederlande, Frankreich und Deutschland übermitteln dem Direktorium die Zusagen ihrer Finanzsektoren, Griechenland zu unterstützen und ihr Engagement in griechischen Anleihen weitestgehend aufrecht zu halten.« Mit dieser Ankündigung traten sie der Sorge ent-

gegen, dass die privaten Banken gerettet werden, während die Steuerzahler die Schulden übernehmen.

Der Haken: Die Banken hatten lediglich unverbindliche Absichtserklärungen abgegeben, mit denen sie sich auf nichts festlegten. So hatten sie keine Konsequenzen zu fürchten, als sie die Zusagen gleich nach dem Programmstart wieder über Bord warfen. In der entsprechenden Erklärung der deutschen Finanzwirtschaft vom 4. Mai 2010, die von 13 großen Geldhäusern unterzeichnet wurde, heißt es, dass die deutsche Finanzwirtschaft »nach aller Möglichkeit bestehende Kreditlinien (...) und das Anleihevolumen gegenüber der Hellenischen Republik für die Laufzeit des Programms (3 Jahre, A. d. A.) aufrechterhalten« will.

Diese Erklärung war nicht das Papier wert, auf dem sie stand. Allein zwischen Mai und Dezember 2010 hat

Der Washingtoner Journalist Michalis Ignatiou fand raus, dass diese Zusagen der Banken Strauss-Kahns Bedingung an Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy dafür waren, dass der IWF sich beteiligt, ohne eine Umschuldung zu fordern, die die griechischen Staatsschulden nachhaltig abbaubar gemacht hätten. Die Umschuldung hätte den Gläubigern große Verluste beschert und Deutschland und Frankreich zu unpopulären Banken-Rekaptalisierungen gezwungen.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Schuldenschnitt von 2012 als Farce. Immer wieder heißt es, dass die Gläubiger auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen an Griechenland verzichtet hätten. Dass die deutschen Banken sich zu diesem Zeitpunkt bereits von knapp 80 Prozent ihrer griechischen Anleihen entledigt hatten, bleibt meist unerwähnt.

Die französischen und niederländischen Banken haben sich nicht anders verhalten. Zusammengefasst haben die Finanzsektoren dieser drei Länder von Mitte 2010 bis Anfang 2012 rund die Hälfte ihrer Griechenland-Anleihen abgestoßen.

Dieses Verhalten der Banken muss man kritisieren. Andererseits ist schlecht beraten, wer auf die moralische Integrität großer Finanzinstitute setzt. Wenn das Bundesfinanzministerium verlaubbart, dass der Beitrag des Finanzsektors »freiwillig (erfolgte) und sowohl die eigentliche Selbstverpflichtung als auch deren Umsetzung (...) in der Verantwortung der betroffenen Kreditinstitute (liegen)«, musste die Bundesregierung damit rechnen, dass die Banken ihre Zusagen brechen.

Es kam wie es kommen musste: Aus der Griechenlandrettung wurde eine Bankenrettung. Hielten private Gläubiger im Mai 2010 noch 94 Prozent der griechischen Anleihen, waren es Ende 2012 nur noch 11,5 Prozent. Die Banken sind also fein raus. Den Löwenanteil haben die anderen Euroländer über bilaterale Kredite, IWF-Anteile, Zentralbank und Garantien für EFSF-Kredite übernommen. Das Risiko liegt somit bei den Mitgliedsstaaten – und damit den Steuerzahlern.

Zugleich wurde die griechische Wirtschaft in den Abgrund getrieben. Der dramatische Wertverfall griechischer Anleihen war nur der Anfang einer Reihe von Schadensfällen für Griechenland, die durch das falsche Versprechen mitverursacht wurden. Zum Beispiel erstens der Schaden am griechischen Bankensystem, der zu weiteren Rekapitalisierungskosten für die griechischen Steuerzahler führte; zweitens der Zwang für Griechenland, neue Kredite aufzunehmen, die den Haushalt durch weitere Zinszahlungen belasten; drittens die steigenden Kreditkosten; viertens der Wertverfall griechischer Staatsvermögens, der zu niedrigeren Einnahmen bei Privatisierungsprojekten führte und fünftens die Schäden durch die Auslösung von Kreditausfallversicherungen.

So tragen die deutschen und französischen Banken eine Teilschuld an der dramatischen Entwicklung in Griechenland. Doch auch die politische Verantwortung von Institutionen wie der Europäischen Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission sollte untersucht werden. Sie haben bei der EU-rechtlich verankerten Pflicht, den Verfall der Wirtschaft und des Bankensystems zu verhindern, vollständig versagt.

Die Bundesregierung trägt nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle bei den IWF-Verhandlungen eine Teilverantwortung für die weitreichende Umverteilung zulasten der europäischen Steuerzahler und zugunsten der Banken sowie für die katastrophale Lage in Griechenland.



Steffen Stierle ist Volkswirt mit Schwerpunkt Politische Ökonomie der Europäischen Integration und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Er engagiert sich zudem beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac in der Kampagne »TTIP in die Tonne« sowie gegen die neoliberale EU-Krisenpolitik.

Foto: privat



Alexandros Moutzouridis ist ein Autor mit Fokus auf internationale und europäische Angelegenheiten. Er arbeitet an den Universitäten Athen und Panteion im Bereich der Kommunikationswissenschaft. Zuvor war er als Journalist und Redakteur in Griechenland und Belgien tätig.

Foto: privat

»Die Niederlande, Frankreich und Deutschland übermitteln dem Direktorium die Zusagen ihrer Finanzsektoren, Griechenland zu unterstützen und ihr Engagement in griechischen Anleihen weitestgehend aufrecht zu halten.«

Aus dem Protokoll einer IWF-Sitzung vom 9. Mai 2010

Lesen Sie online:  Eine ausführlichere Fassung dieser Analyse mit Links und Quellangaben findet sich unter: dasND.de/bailout